Stand: 18.12.2025 13:24:58

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/225

"Diesel-Diskussion: Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz gleichzeitig verwirklichen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/225 vom 30.01.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/553 des UV vom 12.03.2019
3. Beschluss des Plenums 18/1053 vom 21.03.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 13 vom 21.03.2019

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 30.01.2019 **Drucksache** 18/**225**

Antrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild SPD**

Diesel-Diskussion: Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz gleichzeitig verwirklichen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, mündlich und schriftlich darüber zu berichten, wie sie betroffenen Besitzern von Dieselautos zu ihrem Recht verhelfen möchte und mit Blick auf Gesundheits- und Umweltschutz sowie auf die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher eine Verkehrswende in Bayern verwirklichen möchte.

Eingegangen werden soll dabei besonders auf folgende Fragen:

1. Wie viele Verbraucherinnen und Verbraucher haben in Bayern bis jetzt von den diversen Umtauschprämien der Autohersteller Gebrauch gemacht?
2. Wie viele betroffene Autos sind nach Informationen der Staatsregierung nicht umgetauscht und noch in Gebrauch?
3. Was tut die Staatsregierung, um die Gerichtsurteile bezüglich Luftreinhalteplänen zu Stickoxiden umzusetzen?
4. Wie steht die Staatsregierung zur Entschädigung von betroffenen Käuferinnen und Käufern durch die Autokonzerne?
5. Ist die Staatsregierung der Auffassung, der Schutz von bayerischen Autokäuferinnen und -käufern dürfe nicht zulasten bayerischer Autokonzerne gehen?
6. Sieht die Staatsregierung negative Auswirkungen von Feinstaub und Stickoxid auf die Gesundheit und die Umwelt? Wenn ja, welche?
7. Teilt die Staatsregierung die Auffassung des Bundesministers für Verkehr und digitale Infrastruktur, Andreas Scheuer, die Debatte um nötige Grenzwerte für Stickoxide und andere Schadstoffe sei „masochistisch“?
8. Stellt die Staatsregierung den breiten wissenschaftlichen Konsens über die notwendigen Grenzwerte für Feinstaub und Stickoxid und deren EU-weit festgelegte Höhe in Frage, wie dies der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Andreas Scheuer, tut?
9. Welche Rolle spielt der Verkehr in Bayern nach Meinung der Staatsregierung für den Ausstoß von Treibhausgasen?
10. Teilt die Staatsregierung die Auffassung, dass eine Verkehrswende in Bayern nötig sei? Wenn ja, wie soll diese Verkehrswende aussehen und politisch gestaltet werden?

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Begründung:

Durch den „Dieselskandal“ wurden über viele Jahre hinweg Käuferinnen und Käufer von Dieselautos mit falschen Angaben und teils gefälschten Messungen zu Schadstoffausstoß und Spritverbrauch betrogen. Den Käuferinnen und Käufern von Dieselautos drohen nun Fahrverbote in Innenstädten, ein Wertverlust des Autos, erhöhter Kraftstoffverbrauch, mögliche Steuererhöhungen und technische Probleme durch ein angebotenes Software-Update.

Die Staatsregierung schreckt, so wird ihr vorgeworfen, vor deutlichen Schritten im Verbraucherschutz zurück, die zulasten der bayerischen Autounternehmen gehen würden.

Des Weiteren ist ein politischer Richtungswechsel der Staatsregierung in der Verkehrspolitik nicht zu erkennen. Autos und Lkw müssen sauberer werden, der Güterverkehr muss stärker von der Straße auf die Schiene und der Personenverkehr vom motorisierten Individualverkehr auf den öffentlichen Personenverkehr verlagert werden.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 12.03.2019 **Drucksache 18/553**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Inge Aures u.a. SPD
Drs. 18/**225**

Diesel-Diskussion: Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz gleichzeitig verwirklichen

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Florian von Brunn**
Mitberichterstatter: **Benno Zierer**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 6. Sitzung am 14. Februar 2019 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   AfD: Enthaltung
   SPD: Zustimmung
   FDP: Zustimmung
   Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr hat den Antrag in seiner 5. Sitzung am 12. März 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   AfD: Enthaltung
   SPD: Zustimmung
   FDP: Zustimmung
   Zustimmung empfohlen.

Rosi Steinberger
Vorsitzende

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 21.03.2019 **Drucksache** 18/**1053**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild SPD**

Drs. 18/**225**, 18/**553**

Diesel-Diskussion: Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz gleichzeitig verwirklichen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, mündlich und schriftlich darüber zu berichten, wie sie betroffenen Besitzern von Dieselautos zu ihrem Recht verhelfen möchte und mit Blick auf Gesundheits- und Umweltschutz sowie auf die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher eine Verkehrswende in Bayern verwirklichen möchte.

Eingegangen werden soll dabei besonders auf folgende Fragen:

1. Wie viele Verbraucherinnen und Verbraucher haben in Bayern bis jetzt von den diversen Umtauschprämien der Autohersteller Gebrauch gemacht?
2. Wie viele betroffene Autos sind nach Informationen der Staatsregierung nicht umgetauscht und noch in Gebrauch?
3. Was tut die Staatsregierung, um die Gerichtsurteile bezüglich Luftreinhalteplänen zu Stickoxiden umzusetzen?
4. Wie steht die Staatsregierung zur Entschädigung von betroffenen Käuferinnen und Käufern durch die Autokonzerne?
5. Ist die Staatsregierung der Auffassung, der Schutz von bayerischen Autokäuferinnen und -käufern dürfe nicht zulasten bayerischer Autokonzerne gehen?
6. Sieht die Staatsregierung negative Auswirkungen von Feinstaub und Stickoxid auf die Gesundheit und die Umwelt? Wenn ja, welche?
7. Teilt die Staatsregierung die Auffassung des Bundesministers für Verkehr und digitale Infrastruktur, Andreas Scheuer, die Debatte um nötige Grenzwerte für Stickoxide und andere Schadstoffe sei „masochistisch“?
8. Stellt die Staatsregierung den breiten wissenschaftlichen Konsens über die notwendigen Grenzwerte für Feinstaub und Stickoxid und deren EU-weit festgelegte Höhe infrage, wie dies der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Andreas Scheuer, tut?
9. Welche Rolle spielt der Verkehr in Bayern nach Meinung der Staatsregierung für den Ausstoß von Treibhausgasen?
10. Teilt die Staatsregierung die Auffassung, dass eine Verkehrswende in Bayern nötig sei? Wenn ja, wie soll diese Verkehrswende aussehen und politisch gestaltet werden?

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Die Präsidentin
I.V.

Thomas Gehring
II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 5)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) oder	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
	Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
	Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Amtliche Statistik zu Wohnungs- und Obdachlosigkeit einführen
Drs. 18/137, 18/562 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

2. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Doris Rauscher, Michael Busch u. a. und Fraktion (SPD)
Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Bayern effektiv bekämpfen
Drs. 18/146, 18/563 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	ENTH

3. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Thomas Huber u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Bayern bekämpfen
Drs. 18/147, 18/564 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	ENTH	ENTH	ENTH

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bezahlbarer Wohnraum für alle – ist die BayernHeim auf Kurs?
Drs. 18/156, 18/475 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Notfallplan für großflächigen Stromausfall in Bayern – Bayerische Bürger vor den Folgen des Atom- und Kohleausstiegs schützen!
Drs. 18/218, 18/506 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

6. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild SPD
Flexible Grundschule zum Standard machen
Drs. 18/221, 18/528 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

7. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold,
Inge Aures u. a. SPD
Diesel-Diskussion: Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz
gleichzeitig verwirklichen
Drs. 18/225, 18/553 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z